



gjh.de - 10.12.2007, 11:13:45

<http://gjh.de/front/start.php?art=168&catid=65>

---

## **Bedingungsloses Grundeinkommen für alle verwirklichen und Existenzgründungen junger Menschen fördern**

*Beschluss der LMV in Kassel am 10.09.2006*

Die Debatte um die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik Deutschland steht vor dem Hintergrund der Globalisierung und der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Menschen liegt bei 5 Millionen, die reale Arbeitslosigkeit ist noch um einiges höher, und es gibt in allen Schichten Angst vor Arbeitslosigkeit.

Die Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen für neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu verbessern und somit die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Daher müssen die sozialen Sicherungssysteme reagieren, indem sie einerseits langfristig finanzierbar bleiben, andererseits vor Armut schützen, das soziokulturelle Existenzminimum sichern und damit sicherstellen, dass alle Menschen an unserer Gesellschaft teilhaben können.

Die Grüne Jugend Hessen fordert deshalb ein wirklich armutsfestes bedingungsloses Grundeinkommen und eine Initiative, um die Existenzgründung junger Menschen zu unterstützen, damit das Potential unserer Generation besser umgesetzt werden kann.

### **Bedingungsloses Grundeinkommen verwirklichen!**

Wir müssen den Begriff „Arbeit“ neu definieren und können von den Menschen keine dauernde Erwerbstätigkeit im herkömmlichen Sinne verlangen. Deshalb müssen wir neue Mechanismen entwickeln, die dieser Entwicklung Rechnung tragen.

Sorge um Kinder und Angehörige, Aus- und Weiterbildung, Phasen von Arbeitslosigkeit machen Erwerbsbiografien lückenhaft und verlangen nach einer angemessenen Grundversorgung.

Dazu gehört es, jedem Menschen einerseits eine angemessene Grundversorgung zu garantieren und ihn andererseits zu eigenem Engagement anzuregen. Das bietet auch die große Chance, ehrenamtliche Arbeit zu stärken.

Durch ein bedingungsloses Grundeinkommen ist dies machbar. Wenn jede Bürgerin und jeder Bürger einen Betrag erhält, mit dem er/sie den eigenen Lebensunterhalt bestreiten und am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann, wird die Gefahr der gesellschaftlichen Stigmatisierung von Erwerbslosigkeit vermindert. Geld vom Staat zu bekommen, darf kein Zeichen von Schwäche oder Faulheit sein, sondern muss in der Öffentlichkeit anerkannt werden. Wer keinen festen Job findet, aber finanzielle Sicherheit hat, dem bleibt Raum für ehrenamtliches Engagement.

Jetzt ist es an der Zeit, diese zu verwirklichen. Dafür müssen GRÜNE streiten und klar Position beziehen gerade in Zeiten der Großen Koalition.

Das von uns angestrebte bedingungslose Grundeinkommen muss, weil es eben nicht nur als bloße Existenzsicherung gedacht ist, höher sein als die herkömmlichen Arbeitslosengeld- und Sozialhilfesätze. Dazu kommen Miet- und Heizkostenzuschuss, welche wie bisher von den Kommunen festgelegt werden, um trotz der unterschiedlichen Mietkosten im Bundesgebiet allen die gleichen Leistungen zuteil werden zu lassen.

Unser bedingungsloses Grundeinkommen soll allen Menschen zur Verfügung stehen. Durch eine Besteuerung ab dem ersten Euro sowie eine generelle Erhöhung des Steuersatzes wird sichergestellt, dass Spitzenverdiener gegenüber dem Status quo nicht besser gestellt werden.

Wir bestehen auf einem individuellen Anspruch jedes Menschen; die Unterhaltspflicht zwischen Eltern und ihren erwachsenen Kindern ist damit nicht vereinbar. Junge Menschen, die studieren oder eine Ausbildung machen, haben genauso einen Anspruch auf finanzielle Sicherheit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wie alle anderen.

Wir lehnen Zwangsvermittlung und sinnlose Fortbildungsmaßnahmen als Geldverschwendung und Gängelung von Erwerbslosen ab. Im Vergleich zum gegenwärtigen Arbeitslosengeld II fordern wir großzügigere Zuverdienstmöglichkeiten.

### **Existenzgründungen junger Menschen fördern!**

Politik darf jedoch nicht erst dann reagieren, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Für die Grüne Jugend Hessen stellt die Förderung von Existenzgründungen junger Menschen eine große Chance dar, die Potentiale unserer Gesellschaft voll auszuschöpfen.

Schon heute sind mehr als 60 % aller ExistenzgründerInnen jünger als 40 Jahre. Die Selbstständigenquote in Deutschland liegt mit 10 % jedoch deutlich unter dem europäischen Durchschnittswert von 14 % und droht in den nächsten Jahren weiter zu fallen. Einer der Hauptgründe für diese Entwicklung ist die hohe Risikoaversion der Deutschen. 61 % sind hierzulande der Meinung man solle kein Unternehmen gründen, wenn die Gefahr besteht, dass man scheitern könnte. In den USA hingegen beträgt diese Quote nur 33 %. Um dem entgegen zu wirken wollen wir den unternehmerischen Geist insbesondere von jungen Menschen wecken. Ihnen soll das Rüstzeug und der Mut geben werden schon früh selber unternehmerische Verantwortung zu übernehmen. Darum fordern wir an sämtlichen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten aller Universitäten und Fachhochschulen Deutschlands die Einrichtungen von speziellen Entrepreneur-Lehrstühlen. Der bisherige Fokus auf eine „Ausbildung zum Angestellten“ muss in Richtung einer „Ausbildung zum Unternehmer“ verschoben werden. Selbstverständlich müssen die Angebote solcher Lehrstühle auch den StudentInnen anderer geistes- und naturwissenschaftlicher Fakultäten offen stehen. In Universitäten und Fachhochschulen die bereits über entsprechende Einrichtungen verfügen soll zusätzlich ein Lehrstuhl für so genanntes Social-Entrepreneurship eingerichtet werden. In dieser noch jungen Disziplin bezüglich der Gründung und Führung sozialer Organisationen könnte Deutschland durch entsprechende Investitionen eine weltweite Vorreiterrolle übernehmen und diesem Sektor weitere, dringend benötigte Impulse geben. Insgesamt sollen die Maßnahmen zu einem Mentalitätswechsel beitragen der durch Unternehmergeist und eine Innovationskultur zu mehr Arbeitsplätzen und Wohlstand führt.“

### **Finanzierung**

Das von uns geforderte bedingungslose Grundeinkommen wird einen gewissen finanziellen Mehraufwand mit sich bringen.

Wir wollen diesen nicht mit neuen Schulden decken, sondern durch folgende Maßnahmen aufbringen:

#### 1. Einsparungen bei anderen Transferleistungen

- Erziehungsgeld/ Elterngeld
- Kindergeld für über 18-jährige, insbesondere auch das Absetzen des Kindergeldes über die Steuer.

- BAFöG; Ausbildungsförderung für Schüler/innen; Meisterbafög
- Bürokratieabbau

## 2. Zusätzliche Einnahmequellen

- Pauschale der Grundsteuer an den Bund
- Anhebung des Spitzensteuersatzes
- Anhebung der Kapitalertragssteuer
- Abbau von Subventionen (Kohle, Pendler)

---

© 2007 gjh.de - Alle Rechte vorbehalten!